

Protokoll

Konferenzielles Vernehmlassungsverfahren betreffend Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022

Bern, 29.10.2012, 9.00 bis 11.00 Uhr

Entschuldigt:

Kanton Al

Kanton BL

Kanton GL

Kanton NW

Kanton OW

Kanton SZ

Kanton UR

Kanton ZG

Alle eingeladenen kantonalen Konferenzen

Schweizerischer Arbeitgeberverband

Schweizerischer Gemeindeverband

KV Schweiz

Anwesend:

Dr. Alfred Rey Schweizer Paraplegiker-Vereinigung SPV

Arno Lanfranchi Kanton GR

Chantal Gahlinger SP Schweiz

Cosima Deluermoz Kanton VD

Dominique de Buman Nationalrat, Vize-Präsident CVP Schweiz

Eva Duse GastroSuisse

Francois Charvoz Kanton VS

Jean-Marie Cleusix Kanton VS

Jürg Michel Schweizerischer Gewerbeverband

Jürg Schibler	Kanton SO
Mario Lütolf	Schweizer Tourismus-Verband
Markus Kälin	Kanton LU
Matthias Aebischer	Nationalrat SP, Kanton BE
Sandra Felix	Kanton GR
Stefan Kölliker	Regierungsrat, Kanton SG
Stefan Schötzau	Kanton ZH
Stefan Vannoni	economiesuisse
Thomas Egger	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Urs Scheuss	Grüne Partei Schweiz
Vincent Kleiner	Kanton GE
Vincent Pilloud	Kanton JU

Matthias Remund, Direktor des Bundesamtes für Sport BASPO, eröffnet die konferentielle Vernehmlassung und begrüßt alle Anwesenden. Er erklärt den Ablauf der Veranstaltung und stellt das Projekt „Olympische Winterspiele Schweiz 2022“ vor. Im Anschluss erhalten die Anwesenden die Gelegenheit, Fragen zum Projekt zu stellen. Diese Gelegenheit wird genutzt und die Fragen werden soweit wie möglich beantwortet. Aufgrund der Tatsache, dass sich das Projekt erst in der Phase der Machbarkeitsprüfung – und noch nicht in der Detailplanung – befindet, konnten nicht alle Fragen beantwortet werden. Matthias Remund informiert die Anwesenden, dass ausser der aktuellen Machbarkeitstudie auch Pläne der verschiedenen geplanten Infrastrukturen für die olympischen Spiele in St. Moritz und Davos auf dem Internet (Homepage des Vereins OWS 2022) zugänglich gemacht werden.

1. Stellungnahmen zum Projekt allgemein

De Buman (CVP): Le PDC salue la candidature de notre pays. Les expériences faites en 1928 et 1948 ont laissé une image positive de la Suisse. Dans le contexte d'un monde globalisé, la Suisse veut être offensive, veut se présenter d'une manière positive. On pourra montrer notre savoir faire, notre sens de l'innovation et de l'accueil; on pourra montrer tout ce qu'on a de bon. Au plan national, de tels Jeux aident à la cohésion nationale; ils doivent aider à servir - et desservir -, toutes les régions. Ce projet doit être fait sur la base du développement durable et d'un aménagement du territoire cohérent.

Le budget doit être maîtrisé et la rigueur est de mise; il en va de la confiance entre la population et le monde politique. Ce qui sera payé pour ces JO ne devra pas se faire sur le dos d'autres secteurs, comme la recherche, les assurances sociales ou la sortie du nucléaire. Il faut trouver une solution pour que cela ne soit pas le cas. On pourrait par exemple prendre les sommes prévues sur un exercice bénéficiaire de l'Etat.

Le PDC souhaite aussi que la répartition des commandes, des mandats et des travaux se fasse selon une certaine justice, qu'ils soient aussi attribués dans d'autres cantons afin que toute la Suisse se reconnaissse dans ce projet.

Il faut avoir sous la loupe la lutte contre la corruption et ne pas oublier que la candidature de Sion a échoué pour d'autres raisons que la qualité de son dossier... ! Il ne faut pas que la Suisse tombe dans la naïveté et compte sur la seule qualité de son dossier. Il faut développer une stratégie d'influence sur la scène internationale, pour que l'on ne se trouve pas avec un échec comme pour la candidature de Sion.

En résumé, le PDC est en faveur de ce projet et il félicite ceux qui s'occupent de cette candidature et mettent en avant les qualités de la Suisse.

Scheuss (Grüne Partei der Schweiz): Die Grünen bedanken sich für die Möglichkeit der Teilnahme. Wir begrüssen die Zielsetzung, die dahinter steht, namentlich Olympische Winterspiele einer neuen Generation zu kreieren. Es geht darum, auch für die Zukunft weltweit ein gutes Beispiel zu bringen. Wir zweifeln, ob dies realistisch ist. Dies aufgrund der Vorgaben des IOC als auch aufgrund der Grösse des Anlasses. Die Grünen erachten den Anlass als zu gross für den Alpenraum Schweiz. Im Bericht ist das Ganze zu wenig konkret dargestellt. Die Grünen lehnen die Kandidatur aus diesem Grunde ab. Das allfällige Scheitern der Kandidatur im März 2013 soll jedoch nicht der Grund sein, dass der jetzt begonnene Prozess NIV abgebrochen wird. Im Gegenteil, dies soll eine Chance sein, diesen fortzuentwickeln. Es ist für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraumes wichtig, dass sich der Bund dafür engagiert. Eine detaillierte, schriftliche Stellungnahme wird folgen.

Lütolf (Schweizer Tourismus-Verband): Der Schweizerische Tourismusverband stellt sich vorbehaltlos hinter die Absicht, die Kandidatur zu unterstützen. Der Verpflichtungskredit und der Beitrag für die Deckungslücke sind geeignet, die Schweiz in den ökologischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen nicht nur langfristig, sondern auch kurz- und mittelfristig positiv zu beeinflussen. Die eingesetzten Mittel sind als lohnende Investitionen und Anschubfinanzierung zu verstehen. Die Tourismuswirtschaft dieses Landes braucht das Zeichen des Vertrauens dringend.

Kölliker (Kanton SG): Als Nachbarkanton ist der Kanton St. Gallen speziell interessiert und auch betroffen. Der Kanton St. Gallen steht dem Vorhaben positiv gegenüber und befürwortet grundsätzlich die Ziele. Ich möchte jedoch einbringen, dass sehr viele Ziele definiert sind. Man sollte sich auf gewisse Prioritäten

konzentrieren. Wir möchten, dass auch Überlegungen in Bezug auf eine mögliche Kandidatur der Ostschweiz für die Expo 2027 aufgenommen werden. Sollten beide Projekte zur Realisierung kommen, könnte dies allenfalls zu einer Überlastung der Ostschweiz mit Aktivitäten führen.

Egger (SAB): Ich erlaube mir eine kritische Bemerkung zu den Unterlagen und auch zum Verfahren. Die Unterlagen wurden sehr kurzfristig zugestellt, weshalb intern keine konsolidierte Meinung eingeholt werden konnte. Künftig sollte grundsätzlich auf konferenzielle Anhörungen verzichtet werden.

Ich gebe hier die Meinung der Geschäftsstelle wieder. Die olympischen Winterspiele als „weisse Spiele“ zu bezeichnen wäre sicher positiv, sehr verlockend und auch eine Chance. In der Vorlage, wie sie jetzt vorliegt, fehlen allerdings einige Kernaussagen, die für uns für eine abschliessende Beurteilung wichtig wären. Die Vorlage ist zur Zeit lückenhaft. Bestechend ist das Konzept der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist immer ein Konzept in drei Dimensionen. Es wird dann auch im Bundesratsbeschluss sehr stark die ökologische Nachhaltigkeit betont. Von der finanziellen, sozioökonomischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit wird nicht gesprochen. Wir würden uns auch Aussagen zur sozioökonomischen Nachhaltigkeit nach den Spielen wünschen. Was nach den Spielen passiert, ist nicht aufgeführt. Die Erfahrung an anderen Orten, bspw. Lillehammer haben gezeigt, dass es keine langfristigen Auswirkungen für den Tourismus gibt. Wenn man bereits heute weiß, wo die 300 Millionen gespart werden, sollte der Bericht für das Parlament entsprechend aktualisiert und angepasst werden. Bei der Finanzierung im Verkehrsbereich wird davon gesprochen, dass man noch schauen wird, wie man die 113 Millionen für die RhB finden wird. Woher nimmt man dieses Geld? Hier braucht es eine Aussage in der Botschaft über die konkrete Finanzierung. Dies darf auch nicht zu Lasten anderer Ausbauvorhaben oder Aufgaben gehen. In Bezug auf die 1.03 Milliarden Franken die bereitgestellt werden, muss klarer aufgezeigt werden, welcher Nutzen für die Schweiz anfällt. Es wird auf den NIV-Prozess verwiesen, welcher jedoch noch sehr offen ist. Nach dem Treffen der Arbeitsgruppen von nächster Woche, können allenfalls konkretere Inhalte vermitteln werden, damit man klar aufzeigen kann, was das genau für die Schweiz bringt. Es wäre für uns zentral, dass genügend Mittel bereitgestellt und gesichert werden, damit dieser Prozess weiter gehen kann. Die Idee, eine Stiftung einzurichten, ist sehr begrüssenswert. Diese Stiftung sollte jedoch bereits am 4. März 2013 eingerichtet werden, damit die Gelder nicht in einem anderen Bereich verschwinden. Das Fazit von meiner Seite her: Das Dossier ist lückenhaft, es fehlen wichtige Informationen und somit kann noch nicht zugestimmt werden.

Aebischer (SP): Ich bin erstaunt über das zügige Vorgehen. Die SP ist kritisch, was die Finanzen und die ökologischen Aspekte anbelangt. Primär muss jedoch der Kanton Graubünden entscheiden. Eine schriftliche Stellungnahme wird folgen.

Vannoni (economiesuisse): Die engagierte Aktivität der Befürworter erkennen wir. Wir bemängeln aber die kurze Vernehmlassungsfrist, in welcher eine abschliessende Beurteilung nicht möglich ist. Wir sehen die Möglichkeit, eine positive Signalwirkung

auszustrahlen. Ich hätte aber einige Fragen: Langfristigkeit? Wie weit führen diese kurzen Wege zu einer höherer Bauaktivität? Was geschieht nach der Betriebszeit? Weiter bestehen ebenfalls Probleme im Verkehrsbereich. Es ist fraglich, wie dies finanziert werden kann. Die nationale Optik darf nicht aus den Augen verloren werden. Es geht auch darum, Regionen voranzubringen, die sonst ein wenig vernachlässigt werden. Es muss deshalb immer diese nationale Perspektive angewendet werden. Die Kosten sind auch uns ein grosses Anliegen. Was geschieht, wenn wir Mehrkosten haben, wenn wir auf dem Weg sind und nicht mehr zurück gehen können? Auch wenn man viele offene Punkte hat, ist es wichtig zu wissen, auf was für ein Experiment wir uns einlassen, insbesondere aus finanzieller Sicht. Was geschieht, wenn der Erlös aus dem Verkauf der temporären Anlagen nicht erzielt werden kann? Es wäre der erste Event, der messbare Auswirkungen auf das BIP hätte. Insofern ist uns die Langfristigkeit wichtig. Was ist nach der Betriebsphase? Die Überlegung mit den temporären Bauten ist gut, was geschieht jedoch mit diesen Bauten? Wie gross ist die Wahrscheinlichkeit, dass man einen Erlös daraus erzielen kann? Solche Punkte zu klären, ist unserer Ansicht nach wichtig, bevor man sich ausführlich äussern kann.

Schötzau (Kanton ZH): Der Kanton Zürich ist insbesondere als Flughafenkanton betroffen. Der Regierungsrat des Kantons Zürich steht einer schweizerischen Kandidatur grundsätzlich befürwortend gegenüber. Er hat dies gegenüber der Bündner Regierung bereits letztes Jahr zum Ausdruck gebracht. Dem Bericht über die Bundesbeiträge haben wir entnommen, dass es keine Auswirkungen auf die anderen Kantone hat, was wir sehr begrüssen.

Michel (Schweizerischer Gewerbeverband): Der Schweizerische Gewerbeverband unterstützt die Kandidatur. Das schwierige wirtschaftliche Umfeld hat enorme Herausforderungen zur Folge. Als klassische Wintersportdestination muss sich die Schweiz Gedanken machen, welche Schritte sie macht, um attraktive Möglichkeiten in den Bergen zu schaffen. Das Konzept stellt ein gesamtschweizerisches Generationenprojekt dar, welches den Wintertourismus stärkt. Mit der Bewerbung erreichen wir eine positive Positionierung der Schweiz und eine Stärkung unseres Rufs als Gastgeber und als eine attraktive Wintersportdestination. Die Schweiz hat eine Verbesserung des Images nötig. Die Kandidatur verfügt auch über einen nationalen Aspekt durch die gemeinsame Organisation. Der Kanton Graubünden hat enorme Wachstumsprobleme. Hier präsentiert sich eine ausgezeichnete Möglichkeit. Olympische Winterspiele helfen nicht nur dem Kanton Graubünden, sondern stärken das ganze Tourismusland Schweiz. Nachhaltigkeit wird ein grosses Thema werden, auch bei uns. Es ist das wesentlichste Merkmal der „weissen Spiele“. Unsere Lösung lautet: nach den olympischen Spielen bleiben nur jene Bauten stehen, die nachhaltig wieder verwendbar sind. Gewisse Bauten werden nur temporär erstellt, um die Natur zu schonen. Bei den Finanzen bestehen noch viele Unklarheiten, welche es zu beseitigen gilt. Es müsste ausdrücklich festgehalten werden, dass der Kanton Graubünden keine Verpflichtung zur Übernahme des Defizits trifft. Wenn dies nicht so ist, können wir das Abstimmungsresultat bereits jetzt prophezeien.

Cleusix (Kanton VS): Le Valais ne pourrait pas soutenir ce projet si des restrictions devaient avoir lieu ailleurs, par exemple pour CISIN IV ou pour le soutien de la Patrouille des Glaciers. Ce projet ne doit pas se réaliser au détriment d'autres projets plus modestes. Pour la crédibilité du projet, le canton des Grisons devrait avoir des finances assainies.

2. Stellungnahmen zum Bundesbeschluss :

Art. 1

Felix (Kanton GR): In Absatz 3 Buchstabe a wird nur der Kanton Graubünden erwähnt. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass ein Teil von den Gemeinden St. Moritz/Davos übernommen werden muss. Diese Gemeinden erbringen eine Leistung, die für sie erheblich ist. Der Bundesratsbeschluss müsste eventuell entsprechend präzisiert werden.

Art. 2

De Buman (CVP): Pour l'article 2, 2^e alinéa de l'arrêté fédéral, dans lequel il est dit que la dépense annuelle est inscrite au budget, le Conseil fédéral doit réfléchir à une couverture par un excédent aux comptes. Il insiste sur le fait qu'une solution novatrice doit être trouvée par le Conseil fédéral.

Art. 3

Egger (SAB): Eine Bemerkung zu Buchstabe b: Nachhaltige Entwicklung hat immer drei Dimensionen. Im vorliegenden Fall ist sie zu stark auf die Umwelt fokussiert. Mir wäre es ein Anliegen, dass auch die wirtschaftliche Entwicklung der Berggebiete der Schweiz betont wird.

Art. 4

Egger (SAB): Es gilt ein Buchstabe e einzufügen, welcher vorsieht, wie der Prozess aussieht, falls eine Budgetüberschreitung zustande kommt.

Art. 5

Keine Bemerkungen

Zum Schluss erklärt Matthias Remund den Anwesenden das weitere Vorgehen. Er bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Teilnahme.